Überblick Corona-Tests

5.+6.+7. Juni

	NEU*	AKTIVE FÄLLE*	7-Tage-Inzidenz
Abtei			0
Ahrntal	4	8	133
Aldein	1	3	121
Algund	2	4	60
Altrei		2	253
Andrian	2	3	193
Auer	2	11	206
Barbian	1	4	228
Bozen	55	309	180
Branzoll	1	14	396
Brenner	1	2	44
Brixen	7	56	137
Bruneck	13	49	167
Burgstall	1	5	53
Corvara			0
Deutschnofen	3	3	75
Dorf Tirol		5	41
Enneberg	3	11	193
Eppan	14	44	220
Feldthurns	1	9	100
Franzensfeste			0
Freienfeld		4	37
Gais	8	14	303
Gargazon	1	2	114
Glurns	1	6	548
Graun		1	42
Gsies		1	0
Hafling	4	5	642
Innichen	3	10	208
Jenesien		5	33
Kaltern	5	20	222
Karneid	2	7	88
Kastelbell		4	44
Kastelruth	5	18	159
Kiens		6	102
Klausen	2	13	229
Kuens			0
Kurtatsch	8	20	764
Kurtinig			0
Laas	1	12	146
Lajen	1	6	109
Lana	3	22	88
Latsch	1	4	38
Laurein			0
Leifers	11	75	227
Lüsen		6	192
Mals	2	6	75
Margreid	1	8	311
Marling	4	14	320
Martell			0
Meran	24	124	194
Mölten		9	295
Montan		4	116
Moos i. P.		1	48
Mühlbach		2	32
Mühlwald	1	1	70
Nals	3	4	152
Naturns	1	9	119
Natz-Schabs	2	3	62
Neumarkt	4	22	201
Niederdorf			0
Olang		5	32
Partschins	2	6	79
Percha	1	1	125
Pfalzen	2	9	244
Pfatten	2	4	286
Pfitsch	3	7	130
Plaus		1	0
Prad		2	27
Prags		2	152
Prettau			0
Proveis			0
Rasen-Antholz	1	12	137
Ratschings	6	10	176
Riffian		3	0
Ritten	10	32	276
Rodeneck			0
Salurn	1	4	52

„Während wir noch diskutiert haben, ob Mütter daheim bleiben sollen, haben wir wertvolle Zeit verloren, und die Realität hat uns eingeholt."

Brigitte Foppa über die Probleme in der Kleinkindbetreuung

2 Parteien, ein Verband, und ein gemeinsames Anliegen: Der Landesverband der Sozialberufe (Bildmitte Geschäftsführerin **Marta von Wohlgemuth**) sowie die Abgeordneten **Maria Elisabeth Rieder** (Team K; links) und **Brigitte Foppa** (Grüne) fordern Verbesserungen in der Kleinkinderbetreuung.

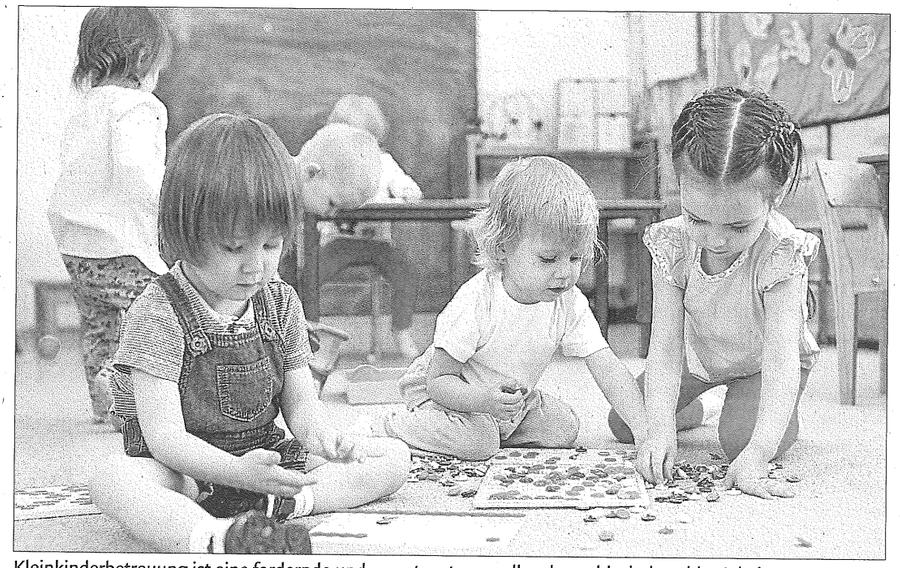
„...dann gehen in Kitas Lichter aus"

SOZIALES: Betreuerinnen fordern höheren Lohn – „Anpassung an pädagogische Mitarbeiter im Kindergarten" – Akuter Personalmangel

BOZEN (ih). Die Botschaft der 4 Frauen bei der gestrigen Pressekonferenz zum Thema Kleinkinderbetreuung war eindeutig: Wenn der Beruf nicht umgehend attraktiver wird, dann gehen in vielen Kitas die Lichter aus. Gefordert wurden dabei vor allem höhere Löhne.

1350 Euro netto bekommt eine Kleinkindbetreuerin in einer Kita in Vollzeit, „ein erbärmliches Gehalt", befand Valentina Burger, Vorsitzende des Landesverbandes für Sozialberufe, bei der gestrigen Pressekonferenz. Zumal diese beim derzeitigen Personalschlüssel 5 Kinder zu versorgen hat. Und die werden immer jünger. „Ab 3 Monate können Eltern mittlerweile ihre Babys in die Kita geben", klärte Burger auf. „5 Kleinkinder unterschiedlichsten Alters, angefangen bei einem 3-monatigen Säugling, alleine zu versorgen, ist fast nicht zu schaffen", unterstrich auch die Grüne Landtagsabgeordnete Brigitte Foppa. Zudem müssten die Betreuerinnen – quasi nebenher – auch die Reinigung der Struktur übernehmen. Die Folge: Auf dem eh schon leer gefegten Arbeitsmarkt ist kaum Personal zu finden. Und die, die dennoch als Kinderbetreuerin arbeiten, kündigen so bald es geht wieder, berichtete Burger. Die meisten in Richtung Kindergarten. Denn da verdient man als pädagogische Mitarbeiterin nicht nur besser (300 Euro im Monat mehr), man hat auch die besseren Rahmenbedingungen. Und die benötigte Ausbildung ist dieselbe, betonte die Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder (Team K).

Wenn sich daran nichts ändere, mahnte die Geschäftsführerin des Verbandes, Marta von Wohlgemuth, „dann gegen in vielen Kitas bald die Lichter aus – wegen Personalmangel". Dass bereits jetzt einigenorts Kindern bzw. ihren Eltern zeitweise abgesagt werden muss, wenn Betreuerinnen krankheitsbedingt ausfallen, berichtete Valentina Burger, selber in der Kleinkindbetreuung tätig.



Kleinkinderbetreuung ist eine fordernde und verantwortungsvolle, aber schlecht bezahlte Arbeit. Shutterstock/

Die beiden Politikerinnen Foppa und Rieder stellten bei der Pressekonferenz ihre Beschlussanträge zum Thema vor, die voraussichtlich heute im Landtag behandelt werden. Man habe sich im Vorfeld intensiv ausgetauscht und abgesprochen und so gleichzeitig die sich ergänzenden Anträge eingereicht sowie die Pressekonferenz gemeinsam mit dem Verband einberufen, sozusagen „als konzertierte Aktion", erklärte Foppa. Im Beschlussantrag von Rieder geht es hauptsächlich um den ökonomischen Aspekt. So sollen u.a. das Berufsbild und die Löhne der Kleinkinderbetreuerinnen an jene der pädagogischen Mitarbeiterinnen in den Kindergärten angepasst und ein Mindeststundensatz bei den Ausschreibungen der Kleinkinderbetreuungsdienste von minimal 12 Euro festgeschrieben werden. Im Beschlussantrag der Grünen geht es hingegen um die Rahmenbedingungen, so etwa um die Anhebung des Betreuungsschlüssels sowie der Quadratmeter pro Kind. Auch sollte der Arbeitsauftrag der Fachkräfte keine Reinigungsaufgaben vorsehen.

© Alle Rechte vorbehalten

Wölfe: „Lösung nicht im Alleingang zu erreichen"

LANDTAG: „Bewirtschaftung der Almen in Gefahr"

BOZEN. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um das Land Südtirol zu ermächtigen, die Entnahme von Wölfen und Hybriden zu regeln? Darauf und auf weitere Fragen rund um die Wolfsproblematik wollte der SVP-Landtagsabgeordnete Franz Locher gestern bei der aktuellen Fragstunde Antwort von der Landesregierung.

Vorausgeschickt hatte er einiges. Sommer verheiße nichts Gutes. Die Bewirtschaftung der Bergbauernhöfe und vor allem der Almen werde dadurch in Frage gestellt.

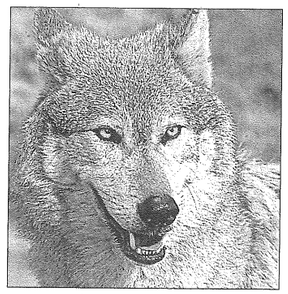
Landesrat Arnold Schuler wies in seiner Antwort auf die Komplexität des Themas hin, das auch mit Emotionen behaftet sei. Es sei allen bewusst, dass eine Lösung nicht einfach und vor allem nicht im Alleingang zu

„In Brüssel harte Bretter bohren"

RAUBTIERE: Bundesland Tirol mit Vorstoß bei der EU-Kommission

INNSBRUCK/BRÜSSEL. Das Land Tirol macht in Sachen Wolf einen Vorstoß in Brüssel und tritt in direkten Dialog mit der Umweltkommission. „Auf Landesebene haben wir alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Ohne Brüssel kommen wir in Sachen Wolfsmanagement keinen Schritt weiter", sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler.

Im März haben die Agrarreferenten der Arbeitsgemeinschaft



den, im Sommer nach Tirol zu kommen und sich ein Bild vor Ort zu machen", so Geisler.

Die Sondersituation der Almwirtschaft in Tirol sowie die Forderung nach einer länderübergreifenden Betrachtung der Wolfspopulation und damit des Erhaltungszustands waren Inhalte des Expertenaustausches zwischen der von Klaus Wallnöfer von der Abteilung Landwirtschaftsrecht koordinierten Tiroler